

Editorial

Liebe Leser*innen,
das Ankommen geflüchteter Menschen in Deutschland im „Sommer der Migration“ brachte viele gesellschaftliche und individuelle Herausforderungen mit sich – Ankommen nach der Flucht bedeutet in der Regel für die Geflüchteten, in einem neuen sozialen und politischen Umfeld zurechtzukommen zu müssen. Fast sechs Jahre nach dem berühmten Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel „Wir schaffen das!“ stellt sich die Frage, was aus der damaligen Willkommenskultur geworden ist: Wie stellen sich die Lebensrealitäten von Geflüchteten *aktuell* dar?

Der Stellenwert des Themas in den öffentlichen Diskussionen hat sich verändert: In Zeiten von Corona sind die Lebensbedingungen von Geflüchteten in Deutschland nur noch selten Thema. *Eines der* Ziele der Flüchtlingspolitik auf Bundesebene ist seit 2016, die Anzahl der Flüchtenden nach Europa und Deutschland zu reduzieren – und auch in Europa gibt es nach wie vor keine gemeinsame Politikstrategie. Dabei gilt es, angesichts unhaltbarer Zustände in einigen Flüchtlingslagern an den Grenzen Europas, auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen *humanitären* Asylpolitik zu gelangen.

Vor siebzig Jahren wurde die Genfer Flüchtlingskonvention verabschiedet – und die Notwendigkeit, diese tatsächlich auch umzusetzen, stellt sich mehr denn je: Der Schutz der Menschenrechte muss in den Fokus von Politik – auf nationaler und auf internationaler Ebene – gelangen.

Das Heft wirft Schlaglichter, wie sich das Leben für Geflüchtete nach der Flucht vor allem in Deutschland darstellt: Wie gestaltet sich das Ankommen? Welchen Beitrag zur Teilhabe und zur Unterstützung leistet das Ankunftsland? Welche Unterstützungsangebote stehen unter welchen Rahmenbedingungen zur Verfügung?

Als Einführung in den Themenschwerpunkt erläutert Albert Scherr, warum Flüchtlingssozialarbeit grundsätzliche Fragen an das

Selbstverständnis Sozialer Arbeit aufwirft: Der Autor verdeutlicht eine erhebliche Diskrepanz zwischen Selbstanspruch und Realität Sozialer Arbeit. Er setzt sich kritisch mit der Idee, dass Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession zu begreifen sei, auseinander.

Das Leben in einer eigenen Wohnung ist für Geflüchtete ein zentraler Schritt zur Teilhabe an der neuen Gesellschaft. Dieser Übergang jedoch gestaltet sich äußerst schwierig. Ulrike Hamann und Carina Diesenreiter zeigen anhand von vier Großstädten exemplarisch, warum in vielen bundesdeutschen Großstädten mehr Geflüchtete in staatlichen Unterkünften als in Wohnungen leben. Die Ursachen hierfür sind sowohl auf der Ebene struktureller Einschränkungen, als auch individueller Benachteiligungen zu finden. Das weitaus größte Hindernis stellt der immense Mangel an finanzierbarem Wohnraum dar.

Der Beitrag von Katja Lindner thematisiert einen Aspekt des Zugangs für Asylsuchende zur Gesundheitsversorgung: Zum Abbau von Barrieren haben sich einige Bundesländer für die Einführung elektronischer Gesundheitskarten (eGk) entschieden. Die Landeshauptstadt Dresden ist bisher die einzige Kommune in Deutschland, die solche Karten *entgegen der Landesentscheidung* eingeführt hat. Der Beitrag erläutert die Hintergründe.

Bernd Holthusen und Christian Lüders bilanzieren: In den Jahren 2015 und 2016 war das Thema Flucht und geflüchtete Jugendliche nicht nur in der Öffentlichkeit und der Politik, sondern auch in der Kinder- und Jugendhilfe dominierend. Im Beitrag werden die Entwicklungen im Bereich von Forschung und Fachpraxis einer Zwischenbilanz unterzogen, die zeigt, dass junge Schutzsuchende zwar nicht im Fokus der Debatten stehen, jedoch weiterhin eine wichtige herausfordernde Aufgabe für die Kinder- und Jugendhilfe darstellen.

In Europa werden Schätzungen zufolge über zehntausend unbegleitete geflüchtete Kinder

und Jugendliche vermisst. Die Gründe und die Folgen des Untertauchens sind kaum erforscht. Wenig ist auch darüber bekannt, wie Fachpersonen der Sozialen Arbeit das Phänomen wahrnehmen und damit umgehen. Andrea B. Hartmann, Miryam Eser Davolio und Eva Mey gehen dieser Frage mittels explorativer Untersuchung in der Schweiz nach.

Die Corona-Pandemie hat die Lebenssituationen vieler Geflüchteter nochmal verschärft. Deutlich wird dies im Beitrag von Johannes Gleitz und Hannah Konietzny, in dem sie die Auswirkungen der Pandemie im Kontext der Flüchtlingsberatung in einer Unterkunft in Düsseldorf thematisieren und Perspektiven zur Reflexion der eigenen Arbeit und Entwicklung von Maßnahmen im Kontext der Sozialen Arbeit mit Geflüchteten aufzeigen.

Die verstärkte Zuwanderung der Jahre 2015 und 2016 wurde auch durch ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement bewältigt. Susanne Beyer stellt in ihrem Beitrag unter anderem die Frage, welche Wirkung bürgerschaftliches Engagement auf die Prozesse des Ankommens hat. Sie gibt einen Überblick über die Entwicklungen des Engagements in der Flüchtlingsarbeit in den Jahren 2015 bis 2019 am Beispiel des Projekts „Begegnung und Partizipation im Engagement mit Geflüchteten“ des AWO Bundesverbandes.

Wird über Flucht und Geflüchtete gesprochen, geraten vor allem junge Menschen in den Blick. Tatsächlich stellen die unter 25-Jährigen den größten Anteil der Schutzsuchenden in Deutschland. Gleichwohl gibt es einen nennenswerten Anteil älterer Menschen, der bislang kaum Aufmerksamkeit seitens Praxis, Politik und Wissenschaft erfahren hat. Vincent Horn widmet sich in seinem Beitrag den Le-

benssituationen und Bedürfnissen älterer Geflohener auf der Grundlage der Beschreibung qualitativer und quantitativer Daten.

Im Zuge der Fluchtmigration betreten nicht nur viele Kinder aus arabischsprachigen Ländern das erste Mal Schulen in Deutschland, sondern mit ihnen auch ihre Eltern. Der Beitrag von Miriam Stock und Luise Schimmel untersucht, welche Zuschreibungen und Ausgrenzungen Eltern geflüchteter Kinder aus arabischen Ländern im Schulkontext erfahren und welche Auswirkungen dies auf die schulische Teilhabe hat. Sie beleuchten die oft wenig beachtete Perspektive geflüchteter Eltern, deren Interventionen und Selbstpositionierungen im Kontext von Rassismus und Diskriminierung in der Schule.

Moria wurde zum Inbegriff der europäischen Abschreckungspolitik. Marei Pelzer untersucht in ihrem Beitrag exemplarisch am Fall der griechischen Insel Lesbos und dem Brand des Flüchtlingslagers Moria im September 2020 die Frage, ob die Prinzipien der humanitären Hilfe denen des Menschenrechtsschutzes widersprechen oder sich im Kontext der Flüchtlingsaufnahme in der EU miteinander verbinden lassen.

Im freien Beitrag zeigen Frank Gesemann, Lea Freudenberg und Leif J. Höfler Potenziale von Gemeinwesenarbeit zur Vitalisierung lokaler Demokratie auf. Anhand der Diskussion empirischer Ergebnisse werden Handlungsansätze unterschiedlicher Träger von Gemeinwesenarbeit vorgestellt und Spannungslinien diskutiert, die mit der Bearbeitung sozialräumlicher Herausforderungen einhergehen. Abschließend rezensiert Sebastian Muy den Forschungsbericht des „Projektes Rückkehrinteressierte Migrant*innen (PRIM)“.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen



Benjamin Landes
(Direktor des ISS e.V.)



Anke Strube
(Verantwortliche Redakteurin)